

„Triggerthema“ Migration

■ JUDITH KOHLENBERGER

Wie die Migrationspanik gesellschaftliche Polarisierung befeuert, Politik und Wirtschaft vor sich herreibt – und was sich dagegen tun lässt.

Migration fungiert als Kristallisationspunkt breiter gesellschaftlicher Verunsicherungen. Multiple Krisen und eine erhöhte Veränderungsgeschwindigkeit erzeugen in den Ländern des Globalen Nordens ein Gefühl des Kontrollverlusts, das sich symbolisch und politisch besonders deutlich an Fragen von Migration und Grenzregimen entzündet. Als Reaktion auf die Erfahrungen von Globalisierung und weltweiter Verflechtungen gewinnen isolationistische Tendenzen und die Sehnsucht nach einem „Retrotopia“ an Bedeutung: „*Make America Great Again*“ imaginiert eine nostalgisch verklärte Vergangenheit mit hoher gesellschaftlicher und kultureller Homogenität, die es in dieser Form nie gab. Sie soll durch Abschottung nach außen, etwa in Handel, Migration und kulturellem Austausch, (wieder) herbeigeführt werden, bei gleichzeitiger Vereinzelung und Vereinsamung im Inneren – der vielzitierten „Atomisierung“ der Gesellschaft, die schon Hannah Arendt als Einfallstor für totalitäre Tendenzen, für Despoten und Blender charakterisierte: Das Gefühl der Einsamkeit, das sie als politischen, nicht rein privaten Zustand verstand, gehöre zu den radikalsten Erfahrungen des Menschen und lasse ihn anfällig werden für Totalitarismus. Das umfassende Gefühl des Kontrollverlusts kontern Autokraten und Despoten mit Handlungsmacht und engem Korpsgeist.

Das bleibt nicht ohne tiefgreifende innerstaatliche Folgen und transformiert politische Kultur, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine von

Ruth Wodak als „Politik mit der Angst“ beschriebene, zunehmend verrohte Rhetorik gegenüber neu Zugewanderten und bereits ansässigen Migrant:innen sowie Minderheiten wirkt nicht nur desintegrierend, sondern entfaltet auch ökonomische Negativeffekte, indem sie qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte abschreckt und damit die Produktivität einer Region bzw. eines Landes beeinträchtigen kann. Studien zeigen, dass eine flüchtlingsfeindliche Rhetorik und Politik auch „erwünschte“ Migrationswillige, also qualifizierte Expats, trifft, die mitunter sogar empfindlicher darauf reagieren als Geflüchtete – denn sie haben Ausweichmöglichkeiten. Auch unter bereits ansässigen Migrant:innen kann die Politik mit der Angst zu sozialem Rückzug, geringerer Produktivität am Arbeitsplatz und eingeschränkter Kreativität führen, also zu weniger sozialer und wirtschaftlicher Innovation und damit geringerer Wirtschaftsleistung. Rechtsgerichtete Einstellungen in einer Region reduzieren nachweislich die qualifizierte Zuwanderung und führen dazu, dass dort arbeitende Migrant:innen diese Region eher wieder verlassen. Nach den Wahlgewinnen der AfD berichteten 18,9 Prozent der Migrant:innen in Deutschland, die aus der MENA-Region stammten, von konkreten Abwanderungsplänen. Ausgrenzung, Hetze und rassistische Politik schaden also dem Wirtschaftsstandort.

Zugleich führt die schleichende Erosion rechtsstaatlicher Standards, etwa die Gewöhnung an nicht geahndete Rechtsbrüche im Kontext restriktiver Grenz- und Sicherheitspolitiken, zu einer Normalisie-



PD Dr. Judith Kohlenberger ist Soziologin und Kulturwissenschaftlerin. Sie leitet das Forschungsinstitut für Migrations- und Fluchtfor- schung und -management (FORM) an der WU Wien, ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) und Affiliate Policy Fellow am Jacques Delors Centre der Hertie School Berlin. Ihr Buch *Das Fluchtparadox* (2022) war österreichisches Wissenschaftsbuch des Jahres. Zuletzt erschienen ist *Migrationspanik* (2025).

■ Auch unter bereits ansässigen Migrant:innen kann die Politik mit der Angst zu sozialem Rückzug, geringerer Produktivität am Arbeitsplatz und eingeschränkter Kreativität führen.

rung von Ausnahmezuständen, die, wie Frank Wolff und Volker Heins zeigen, von den Rändern der territorialen Ordnung in das demokratische Innere zurückwirken. Migration wird in diesem Klima zum gesellschaftlichen „Triggerthema“, an dem sich tiefsitzende Ängste, Ressentiments und Krisenerfahrungen entzünden und auf diese Weise politisch mobilisiert werden, wodurch sich Spannungen in anderen Politikfeldern symbolisch an der Figur des „Migrationsproblems“ entladen.

Aber auch auf geopolitischer Ebene zeigen sich negative Folgeeffekte. Das Ziel der „Migrationsprävention“ hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Treiber der Außen- und Geopolitik der Europäischen Union entwickelt. Entwicklungszusammenarbeit und außenpolitische Kooperation werden zunehmend an „Migrationskontrolle“ gekoppelt, wodurch sich Prioritäten, Partnerwahl und Instrumente europäischer Außenpolitik merklich verschieben. Systematische Verstöße gegen das Asylrecht bedeuten dabei nicht nur substanzielle Rückschritte für den globalen Flüchtlingsschutz, weil Schutzverantwortung abgebaut und ausgelagert wird, sondern markieren zugleich eine weiterreichende Krise der Rechtsstaatlichkeit und Rechtsdurchsetzung, in der international vereinbarte Normen selektiv angewendet oder faktisch suspendiert werden. Der Kontrast zwischen rigoroser Abschreckungs- und Abschottungspolitik an den Grenzen einerseits und dem proklamierten Einsatz des Westens für eine „regelbasierte Ordnung“ andererseits wird in vielen Weltregionen als Scheinheiligkeit wahrgenommen und untergräbt die Glaubwürdigkeit und den normativen Einfluss der EU auf internationaler Ebene. In dieser Konstellation erweist sich Migration und die fehlende geeinte Antwort darauf als strategische Schwachstelle der EU, die in diplomatischen Verhandlungen adressiert, ausgenutzt oder offen gegen sie in Stellung gebracht werden kann.

Doch Migration spielt nicht nur auf der geopolitischen Bühne, sondern auch im digitalen Raum eine Rolle, wo gezielte

Desinformation, etwa in Form von Deep Fakes, zum Einsatz kommen. Solche Kampagnen werden von staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren genutzt, um Ressentiments zu schüren und bestehende Spannungen zu verschärfen, wie sich etwa in der wachsenden Ablehnung ukrainischer Geflüchteter in Polen im Zuge der Präsidentschaftswahlen des Jahres 2025 beobachten ließ, die wesentlich durch irreführende oder manipulierte Informationen in sozialen Medien beeinflusst wurden. Charakteristisch ist dabei das Fehlen eines konsistenten Framings: Ziel ist nicht die stabile Unterstützung eines bestimmten politischen Lagers, sondern das Schüren von Unsicherheit, Misstrauen und gesellschaftlicher Spaltung durch polarisierende Narrative, die sich auch an anderen Konflikten, etwa Israels Krieg in Gaza, entzünden. In diesem digital vermittelten Konfliktfeld wirkt Migration als Treiber von Radikalisierungsdynamiken, die sich in verschärften Positionen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums ebenso äußern wie in islamistischen Mobilisierungen. Über sozialen Medien halten sie Einzug in die Klassenzimmer des Landes und verschärfen gesellschaftliche Polarisierung.

Erschwerend kommt die strukturelle demokratische Lücke aufgrund des restriktiven österreichischen Einbürgerungsrechts hinzu. Der Anteil nicht-wahlberechtigter Bevölkerung im wahlfähigen Alter steigt signifikant, während diese Menschen in ihren Herkunftsländern (bzw. jener ihrer Eltern) wahlberechtigt bleiben. Dies eröffnet Möglichkeiten für transnationale Wahlkampagnen, wie sie aus der Türkei oder Serbien nach Österreich ausstrahlen, die eine autoritäre Färbung mit sich bringen. Initiativen wie das neue Schulfach „Demokratiebildung“ ab der 5. Schulstufe, das als Beitrag zur geistigen Landesverteidigung konzipiert ist, bleiben für Kinder und Jugendliche ohne österreichische Staatsbürgerschaft oft abstrakte Theorie, ohne greifbare Partizipationsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund kann unter migrantischen Jugendlichen und jungen



Wegweiser zur Sammelstelle für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine – die Herkunft von Flüchtenden und Migrant:innen macht oft einen großen Unterschied im Umgang mit ihnen aus. © JoachimKohler-HB/Wikimedia Commons

■ **Autoritäre Kräfte instrumentalisieren diese Dynamiken gezielt für ihren Aufstieg, verhindern jedoch zugleich effektive Lösungen, um das „Migrationsproblem“ als Mobilisierungsinstrument aufrechtzuerhalten.**

Erwachsenen der zweiten und dritten Generation ein Gefühl fehlender Zugehörigkeit wachsen, das als Nährboden für radikalierende Kräfte dient und die Resilienz demokratischer Institutionen langfristig untergräbt.

Dass die mit Migration und einem steigenden Diversitätsgrad in der Bevölkerung einhergehenden Herausforderungen nicht kleiner werden, ist evident. In den nächsten fünfzig Jahren werden ein bis drei Milliarden Menschen außerhalb der „Klimanische“ leben. Das bedeutet zuallererst zwar nicht, dass all diese Menschen in westliche Aufnahmeländer wandern, denn dazu fehlt es ihnen an Ressourcen, Infrastruktur, Netzwerken und formaler Bildung. Sehr wohl aber bedeutet es zunehmende Binnenmigrationsbewegungen und erhöhte Vulnerabilitäten für die Bevölkerung im globalen Süden, was wiederum Spannungen und Konflikte um rarer werdende Ressourcen verstärken kann. Sogenannte „climate conflict migration“ (deutsch: Klimakonfliktmigration) zwischen Regionen oder Nachbarländern ist bereits jetzt deutlich im Steigen begriffen

und soll nicht zuletzt auch den Bürgerkrieg in Syrien (mit-)bedingt haben.

Autoritäre Kräfte instrumentalisieren diese Dynamiken bereits jetzt gezielt für ihren Aufstieg, verhindern jedoch zugleich effektive Lösungen, um das „Migrationsproblem“ als permanentes Mobilisierungsinstrument aufrechtzuerhalten. Doch nicht nur ihr Aufstieg gefährdet auf Dauer Sicherheit und Wohlstand, sondern auch die schrittweise Übernahme autoritärer und rechtsextremer Konzepte durch etablierte Mitte-Parteien, was eine Normalisierung illiberaler Positionen begünstigt. Die resultierende Destabilisierung in westlichen Demokratien speist sich maßgeblich aus einer emotional aufgeladenen Migrationsdebatte, die tiefgreifende Spaltungen in Gesellschaft und Politik zementiert.

Vor diesem Hintergrund kommt der Vermittlung von Kontrolle und Kompetenz eine zentrale Rolle zu, um sowohl bei Zugewanderten als auch in den aufnehmenden Gemeinschaften Vertrauen in die handelnde Politik zu stärken. Integrationspolitische Strategien sollten darauf abzielen, diversitätskompetente Systeme

■ **Wichtig sind Angebote, die Zugehörigkeit und politische Partizipation fördern, insbesondere durch unbürokratischere Zugänge zur Einbürgerung als Ausdruck gleichberechtigter Teilhabe.**

zu entwickeln – in den Schulen und darüber hinaus, in denen sich Vielfalt als Ressource einsetzen lässt und interkulturelle Sensibilität institutionell verankert wird. Eine faire Verteilung von Geflüchteten, etwa durch ausgewogene Residenzpflichtregelungen, die Einhaltung der Grundversorgungsquoten in allen Bundesländern und eine chancengerechte Schulsprengelzuteilung, wirkt Segregationstendenzen entgegen und bildet damit die Grundlage für soziale Kohäsion. Ebenso wichtig sind Angebote, die Zugehörigkeit und politische Partizipation fördern, insbesondere durch unbürokratischere Zugänge

zur Einbürgerung als Ausdruck gleichberechtigter Teilhabe. Zugleich bedarf es regulärer und sicherer Zugangswege zur Arbeitsmigration sowie einer vorausschauenden Kapazitätsplanung, um zukünftige Fluchtbewegungen strukturell bewältigen zu können. Schließlich kommt den Schulen und (Elementar-)Bildungseinrichtungen eine zentrale Rolle bei der Integration zu: Sie können und müssen subjektbezogene Bildung, Reflexionsfähigkeit, Ambiguitätstoleranz und zivile Werte stärken, und tragen damit entscheidend zur nachhaltigen Verankerung von Diversität als gesellschaftlichen Wert bei. ■

„Porta d’Europa“ – das Tor nach Europa, eine Kunstinstallation auf Lampedusa, Domenico Paladino © Wjkxy/Wikimedia Commons

Der Artikel basiert auf einem Vortrag der Autorin bei der KAVÖ Herbsttagung 2025 in Wien zum Thema „Fokus Schule – Bildung im Spannungsfeld von Migration und Demokratie“.

